

Antrag

Initiator*innen: LHG und RCDS

Titel: **Unterstützung jüdischer Studierender und
Stärkung akademischer Partnerschaften mit
Israel**

Antragstext

1 Das Studierendenparlament möge beschließen, dass die Universität Würzburg den
2 Schutz israelischer und palästinensischer Studierender stärken und Maßnahmen
3 gegen Antisemitismus und antipalästinensische Diskriminierung auf dem Campus
4 ergreifen soll. Hierzu zählt insbesondere die Ablehnung jeglicher Formen von
5 Antisemitismus und antipalästinensischer Diskriminierung

6 Das Studierendenparlament erkennt die Vielschichtigkeit und Komplexität des
7 Nahostkonfliktes an. Damit dies Rechnung getragen wird, fordern wir universitäre
8 Debattenräume, in denen es möglich ist, kontroverse und konträre Meinungen frei
9 zu äußern. Dies beinhaltet auch für uns unliebsame Positionen, die von Recht und
10 Meinungsfreiheit gedeckt sind. Allerdings in einem fest gesteckten und
11 moderierten Rahmen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Begründung

Anlässlich der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen, insbesondere des Angriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, hat sich die Gefährdungslage jüdischer Studierender auch in Deutschland verschärft. Antisemitismus und Hetze dürfen auf dem Campus keinen Platz haben, um ein sicheres und respektvolles Studiumfeld zu gewährleisten.

Darüber hinaus sind die Partnerschaften mit israelischen Universitäten nicht nur ein wertvoller Beitrag zum wissenschaftlichen Austausch, sondern auch ein wichtiges Zeichen der Solidarität und internationalen Zusammenarbeit. Eine aktive Förderung dieser Beziehungen stärkt die Universität als weltoffenen und

inklusive Ort des Lernens und Forschens.

Der Ausschluss der „Students for Palestine“ von der Ersti-Messe sehen wir im Hinblick auf die Meinungsfreiheit kritisch, finden es aber durchaus nachvollziehbar, da diese in der Vergangenheit mit Meinungen auf und außerhalb des Campuses aufgefallen sind, die letztlich durch ihren Extremismus nicht mehr durch die oben genannten Punkte gedeckt sind. Umso wichtiger wäre eine wissenschaftlich moderierte Diskussion, in welcher alle Parteien gehört werden können.